PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH !

Rote Fahne

ORGAN DER MARXISTEN-LENINISTEN ÖSTERREICHS (MLÖ)

Nr.57 15.Mai 1966 Einzelpreis S 3,-

AUS DEM INHALT

Einzig wirksame Antwort auf den VP-Preiswucher:

Kampf um höhere Löhne!

Unmittelbar nach ihrem Wahlerfolg überschwemmen die vorgeblichen "Schilling-Retter" und "Währungs-Stabilisierer" Österreich mit einer Sturzflut von Preis- und Tarif-Erhöhungen, die alle bisherigen Teuerungswellen in den Schatten zu stellen droht! Allein die saftige Erhöhung der Benzin- und Heizölpreise sowie die bis zu 44 Prozent gehende Verteuerung der Bahntarife haben ein Ansteigen des gesamten Preisniveaus zur Folge - nicht nur, weil sich die höheren Betriebs- und Transportkosten natürlich auf alle Preise auswirken, sondern weil sie darüber hinaus in hunderten Fällen auch als der ideale Vorwand benützt werden können, noch eine zusätzliche fette Gewinnspanne auf die Preise draufzuschlagen.

In dieser Situation, in der die ÖVP, die unter ihrer Fuchtel stehende Regierung und die über ihr thronende Industriellenvereinigung, den hemmungslosen Preiswucher und Lohnraub praktizieren, wäre es für die arbeitende Bevölkerung überaus kostspielig und verhängnisvoll, wenn sie auf irgendwelche ernsten Abwehrmaßnahmen der SP-Führung warten würde, die sich zwar sehr "oppositionell" gebärdet, aber den Dingen ihren Lauf nehmen läßt! Die österreichische Arbeiterschaft darf nicht warten, bis ihr jemand hilft, sondern muß sich selbst helfen, muß sich selbst wehren, muß kämpfen!

Der Schilling, den die arbeitenden Menschen in den nächsten Wochen und Monaten in ihren Lohnsäckchen vorfinden werden, wird kein Schilling mehr sein, sondern nur mehr 90, 85, 80 Groschen oder noch weniger. Auf dem 100-S-Schein wird noch das Bild von Johann Strauß und von Schönbrunn stimmen, aber nicht mehr die Zahl 100! Können sich die arbeitenden Menschen aber damit begnügen, mit schönen Bildchen entlohnt zu werden, statt mit realen Werten? Können sie sich mit den bisherigen Ziffern des Lohnstreifens begnügen, wenn hinter diesen Ziffern nicht mehr die bisherige Kaufkraft steht, wenn sie immer mehr zu Falschmeldungen, zu hohlen Nummern, zu Hausnummern verdünnt werden?

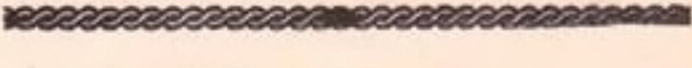
NEIN! Die arbeitenden Menschen wollen nicht mit Fiktionen, sondern mit realen Werten für ihre reale Arbeit entlohnt werden. Wo ein Schilling also nur mehr die Hälfte wert ist, müs-

2. regionale Revisionisten-Tagung in Wien

Vom 9. bis 11. Mai 1966 tagte in Wien eine Konferenz von 15 revisionistischen Parteien, um einen "Meinungs- und Erfahrungsaustausch" zu pflegen - konkreter gesagt, um die Theorie und Praxis des modernen Revisionismus besser zu koordinieren und in den einzelnen Parteien energischer durchzusetzen.

Im Mittelpunkt der Tagung, welcher schon eine ähnliche Konferenz in Brüssel sowie eine Vorkonferenz ebenfalls in Wien vorausgegangen sind, standen demgemäß solche Fragen wie die sogenannten "Strukturreformen" die "Erneuerung der Demokratie" und die "Mitbestimmung" im Kapitalismus, der "friedliche Weg zum Sozialismus" usw., ferner Fragen der weiteren Annäherung der revisionistischen Parteien an die Sozialdemokratie und an bürgerliche bzw. der Kirche nahestehende Gruppierungen.

Von besonderem Interesse war der auf der Konferenz zum Ausdruck gekommene Wunsch westeuropäischer revisionistischer Parteien, ihre Vertreter in die EWG- und Europarat-Körperschaften entsenden zu dürfen, was die direkte Anerken-





SKIZZE DES AUF DER GRÜNDUNGSKONFERENZ VOM 1. MAI 1966 ANGENOMMENEN EMBLEMS DER MLÖ

nung und Sanktionierung dieser imperialistischen und der NATO zugeordneten Institutionen durch diese "Kommunistischen Parteien" bedeutet.

Die Konferenz, an der sich etliche Kommunistische Parteien Westeuropas - u. a. die englische, die irische, die holländische und die portugiesische - nicht beteiligten und zu der marxistisch-leninistische Parteien garnicht eingeladen worden waren, beschloß, die Zusammenfassung gewisser Parteien in Form solcher Konferenzen fortzusetzen.

Selbstverständlich erhöht das Stattfinden dieser nunmehr zweiten regionalen Revisionistenkonferenz und die Ankündigung weiterer solcher Konferenzen in Europa auch die Aktualität einer regionalen Konferenz der marxistisch-leninistischen Parteien und Gruppen in den noch kapitalistischen Ländern Europas.

●

„Undiskutabel, nicht ernst zu nehmen"

Anläßlich der in Wien durchgeführten regionalen Konferenz europäischer Revisionisten haben deren österreichische Weggefährten eifrig die Reklametrommel gerührt, um ihre eigene "Wichtigkeit" zur Schau zu stellen und sich gebührend bewundern zu lassen. Sie haben dazu ein nobles Lokal in der Inneren Stadt gemietet und die antikommunistische Presse, Radio und Fernsehen eingeladen, um Bericht und Aufklärung über die Tagung zu geben.

Der Chefrevisionist Franz Marek benützte dieses für die Diskussion der Differenzen in der kommunistischen Weltbewegung offenbar sehr geeignete Forum, um seine bekannte "Politik der Stärke", nämlich der starken Worte, gegenüber den Marxisten-Leninisten im allgemeinen und gegenüber der KP Chinas im besonderen vor Augen zu führen. Was die Auffassungen der chinesischen Kommunisten betreffe, so seien sie "einfach indiskutabel", erklärte Marek. Die Aufforderung - ausgerechnet! - des "Kurier"-Vertreters, die Revisionisten sollten "gegen die Atombombe in China demonstrieren", konnte Marek dagegen insoferne als schon erfüllt behandeln, da die "Volksstimme", ebenso wie die "Unità" und die "Humanité", schon am 11. Mai protestiert habe. Mit der Existenz der marxistisch-leninistischen Parteien und Gruppen habe sich die Tagung nicht befaßt, "da wir uns nur mit ernsten Problemen beschäftigt haben". Und so weiter.

"Indiskutabel"! Derselbe Marek, der neuerdings bereit ist, jedem ideologischen Schnackerl eines SP-Führers höchste Beachtung zu schenken und der aus dem Kaffeesud demagogischer Redensarten der Pittermänner und Kreiskys tiefsinnige Schlußfolgerungen über neue, hochwichtige Berührungspunkte mit den "Sozialisten" zieht, ist nicht bereit, über die Auffassungen und Standpunkte der größten kommunistischen Partei der Welt, die ein Viertel der Menschheit zum Sozialismus geführt hat, auch nur zu diskutieren bzw. sie zur Diskussion zuzulassen! Sein halbes Leben lang hat Marek eben solche Auffassungen und Standpunkte gelobt und gepriesen, sie in ungezählten Artikeln und Reden nacherzählt - und jetzt plötzlich: "indiskutabel"! Eine so kaltschnäuzig auftrumpfende Prinzipienlosigkeit verdient wahrlich Beachtung.

Scheinen Marek marxistisch-leninistische Standpunkte heute kurzweg "indiskutabel", so erklärte er die Existenz von Parteien und Gruppen, die solche Standpunkte verteidigen, überhaupt nicht des Ernstnehmens wert. Warum wohl? Weil in Europa diese marxistisch-leninistischen Parteien und Gruppen heute noch klein sind? Hat er so wenig von der Dialektik begriffen, daß er übersieht, daß man die Dinge nicht statisch, sondern in ihrer Entwicklung betrachten muß, daß also morgen sehr groß und stark sein kann, was heute noch klein und schwach aussieht? Aber wenn er schon so primitive Maßstäbe anlegt, wie denkt er dann über die Partei, die sich jetzt ihn als ihren Sprecher gefallen läßt? War es nicht jahrzehntelang das dümmste und erbärmlichste aller "Argumente" der rechten SP-Führer gegen die KPÖ, sie sei klein, garnicht ernst zu nehmen, ihre Standpunkte seien undiskutabel?

Marx hat einmal einen Politiker, der seinen charakterlichen Zwergwuchs durch die Maßlosigkeit und Überheblichkeit seiner Worte und Gebärden zu kompensieren suchte, gut gekennzeichnet: ein Gehirn, dessen ganze Lebenskraft in die Zunge geflüchtet ist. Wie würde Marx auf die Überheblichkeit Mareks reagieren?

Betrachten wir die Dinge von einer

---

sen sie eben zwei Schilling fordern - nicht, um dem Wucher mit Wucher zu begegnen, sondern einfach, um ihren hart erarbeiteten bisherigen Lohn aufrechtzuerhalten!

Es ist der einzige Ausweg, die einzig wirksame Antwort auf den amtlichen und privaten Preiswucher, die den arbeitenden Menschen bleibt: sofortige Abgeltung der Teuerung durch Lohnerhöhung in allen Betrieben und Branchen!

AUS DEN BESCHLÜSSEN DER GRÜNDUNGSKONFERENZ:

Die Gründungskonferenz der MLÖ richtet an die österreichische Regierung die dringende Forderung, sofort alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, um diplomatische Beziehungen Österreichs mit jenen sozialistischen Staaten herzustellen, mit denen diese zum Schaden unseres Landes noch nicht bestehen, insbesondere also mit der Volksrepublik China, mit der DDR, mit der Demokratischen Republik Vietnam und mit der Koreanischen Volksdemokratischen Republik.

Abonnieren Sie

"ROTE FAHNE"

Organ der Marxisten-Leninisten Österreichs (MLÖ)

Erscheint halbmonatlich.

Jahresabonnement S 65,-
Halbjahresabonnement S 35,-
Auslandsabonnement S 90,-
Postscheckkonto Nr. 173.848

Zuschriften erbeten an Redaktion "Rote Fahne", Wien 15., Goldschlagstr. 64/5 - 1150 (Telefon 92-10-672)

anderen Seite her: Die Revisionisten haben bekanntlich seit einiger Zeit die "Werte der Demokratie" entdeckt, als da sind: Humanismus, Toleranz, Menschenwürde, Objektivität, Achtung vor der Meinung des anderen, usw. usf. Wie sieht das aber in ihrer Praxis aus? Welche Achtung vor der Meinung von Kommunisten, die 20, 30, 40 Jahre lang in der Arbeiterbewegung stehen, Kämpfe geführt und Opfer gebracht, Kerker und KZs bevölkert haben, spricht aus den Marekschen Tiefschlägen gegen sie?

Freilich - tolerant und verständnisvoll sind die Mareks schon auch. Fragt sich bloß, nach welcher Seite, wem gegenüber! "Der Feind steht links!" - das ist die alte schändliche Parole, zu der sich jetzt auch die Revisionisten immer ungenierter bekennen. Und ihr ganzes hastiges Gerede von "Demokratie", "Toleranz", "Achtung vor des anderen Meinung", gilt bloß für eine bestimmte Seite, für die andere Seite der Barrikade.

PORTRÄT EINES EHEMALIGEN SP-PROMINENTEN

Der SP-Betriebszeitung "Welt der Arbeit" entnehmen wir das folgende Gemälde ihres ehemaligen Parteivorstandsmitgliedes und Innenministers:

Olahs Geldgeschäfte

Jahrelang hat Franz Olah schamlosen Mißbrauch mit Arbeitergeldern betrieben, um seine Macht zu vergrößern. Er hat sich, laut ÖGB-Kontrollbericht, 51 Prozent einer Druckerei, die der Eigentümer der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter angeboten hatte, selbst angeeignet.

Schon 1954 hat Olah durch Strohmänner die Firmen „Atlanta" und „Omnia" gegründet und ihnen die dem ÖGB zustehenden Zinsenerträge für 1959 und 1960 von rund 1,870.000 S zugewendet. Dieser Schaden wurde dem ÖGB durch die sozialistische Fraktion ersetzt.

1961 hat sich Olah von einem Betrag von 4,550.000 S, den ihm die SP-Fraktionen verschiedener Gewerkschaften für wichtige Parteizwecke übergeben hatten, sofort 550.000 S zu seiner persönlichen Verfügung behalten. Den Rest verwendete er zur Förderung einer Wiener Zeitung in Form von Darlehen, die an ihn mit 7 Prozent Zinsen wieder zurückgezahlt wurden. Auch diesen Betrag behielt er für sich und zahlte erst 2,7 Millionen S zurück, als die Transaktion durch eine Buchkontrolle entdeckt wurde. Eine Million Schilling blieb Olah schuldig. Er gab an, er hätte sie der FPÖ gegeben.

Schließlich hat der damalige Spitzenfunktionär der Arbeiterbewegung 10 Millionen Schilling ÖGB-Gelder zur Gründung und zum Aufbau der „Kronen-Zeitung" verwendet.

VOLKSCHINAS ERFOLGREICHER ATOMVERSUCH -

EINE SCHWERE NIEDERLAGE DER ATOMSTRATEGEN

Einer uns vorliegenden französischen Übersetzung des offiziellen Communiques der amtlichen Nachrichtenagentur der Volksrepublik China zum jüngsten chinesischen Kernwaffenversuch entnehmen wir:

Peking, 9.Mai 1966: Am 9.5.1966 um 16,oo Uhr Pekinger Zeit hat China über dem Westgebiet des Landes unter Verwendung thermonuklearer Stoffe eine Kernexplosion erfolgreich durchgeführt.

Dieses Kernexperiment ist ein neuer wichtiger Erfolg des chinesischen Volkes in seinen Bemühungen, die Landesverteidigung weiter zu stärken, die Sicherheit des Vaterlandes zu schützen und den Weltfrieden zu erhalten. Der Erfolg dieses Kernversuches ist der chinesischen Volksbefreiungsarmee, den Wissenschaftlern, Technikern und einer großen Zahl von Funktionären und Arbeitern zu danken, die unter der richtigen Führung der KP Chinas, auf Grund des lebendigen Studiums und der Anwendung der Lehren Mao Tsetungs, die Politik in die Tat umsetzten, die darin besteht, auf die eigene Kraft zu bauen und hart für den Aufbau des Landes zu arbeiten, der kollektiven Intelligenz freien Lauf zu geben, alle Bemühungen der Leiter, der Fachleute und der Massen zusammenzufassen und Unterricht, Forschung und Produktion zu kombinieren.

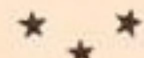
Wenn China in genau umrissenen Grenzen unentbehrliche Kernversuche unternimmt und seine Kernwaffen entwickelt, so tut es das deshalb, um sich der atomaren Erpressung und Bedrohung durch den amerikanischen Imperialismus und seine Kollaborateure entgegenzustellen, um der amerikanisch-sowjetischen Zusammenarbeit mit dem Ziel, ein Kernmonopol zu errichten und den revolutionären Kampf aller unterdrückten Völker zu sabotieren, zu begegnen.

Schon anläßlich des ersten und des zweiten Kernversuchs hat die Regierung der Volksrepublik China eine Erklärung abgegeben, in der sie ihre grundsätzliche Haltung zu den Kernwaffen dargelegt und konkret vorgeschlagen hat, eine Konferenz der Staats- bzw. Regierungschefs aller Staaten der Welt einzuberufen, um über das allgemeine Verbot und die totale Vernichtung der Kernwaffen zu beraten. Die USA-Imperialisten übergingen aber diese Erklärungen der chinesischen Regierung und haben seither nicht nur die Entwicklung und Massenproduktion von Kernwaffen aller Typen fortgesetzt, sondern haben auch die Zahl ihrer Kernwaffenbasen in der ganzen Welt noch vermehrt und mit noch größerer Heftigkeit zur atomaren Erpressung und Bedrohung Chinas und der ganzen Welt gegriffen.

China entwickelt seine Kernwaffen einzig und allein zu Verteidigungszwecken und sein Endziel ist die Beseitigung aller Kernwaffen. Nochmals erklären wir feierlich, daß China niemals und unter keinen Umständen zuerst die Kernwaffe benützen wird! Das chinesische Volk wünscht von ganzem Herzen, daß niemals ein Atomkrieg ausbrechen möge!

Wir sind davon überzeugt, daß ein Kernwaffenkrieg verhindert werden kann, wenn alle friedliebenden Völ-

ker und Länder in ihren Bemühungen zusammenstehen und ihren Kampf beharrlich fortführen. Das Volk und die Regierung Chinas werden weiterhin wie bisher gemeinsam mit allen friedliebenden Völkern und Staaten der Welt dafür kämpfen, daß das edle Ziel des vollkommenen Verbots und der totalen Zerstörung aller Kernwaffen erreicht wird.



DAS KÄMPFENDE VIETNAM GRATULIERT CHINA

Die Führer der Demokratischen Republik Vietnam Ho Chi Minh, Truong Chinh und Pham Van Dong haben am 10.Mai 1966 aus Anlaß der erfolgreich durchgeführten Kernexplosion an die Führung der KP Chinas und an die Regierung der Volksrepublik China ein herzliches Glückwunschschreiben gerichtet, in dem es heißt:

"Wir schätzen uns glücklich, Euch im Namen des vietnamesischen Volkes, im Namen der Partei der Werktätigen Vietnams, der Volksversammlung, der Regierung und auch im eigenen Namen zu der unter Verwendung thermonuklearer Stoffe durchgeführten erfolgreichen Kernexplosion herzlichst gratulieren zu können. Dieser Erfolg wird das Verteidigungspotential Chinas und die Kräfte zur Verteidigung des Weltfriedens noch mehr stärken. Er stellt eine große Ermutigung für die Völker dar, die gegenwärtig im Kampf gegen die amerikanischen Aggressoren und für die Freiheit und Unabhängigkeit stehen.

Wir sind fest davon überzeugt, daß das chinesische Brudervolk unter der klar sehenden Führung der KP Chinas weitere große Erfolge in der Wissenschaft und Technik der Landesverteidigung erringen wird. Übermittelt unsere herzlichen Glückwünsche an die Arbeiter und an die wissenschaftlichen und technischen Kader!"



ABER DIE ÖSTERREICHISCHE "VOLKSSTIMME" IST BETRÜBT . . .

Im Gegensatz nicht nur zum heroisch kämpfenden Vietnam, sondern zu allen ernstlich gegen Imperialismus und Krieg kämpfenden Kräften hat sich die "Volksstimme", das Zentralorgan der KPÖ, in den Kreis jener Leute eingereiht, welche der gelungene Thermonuklearversuch der Volksrepublik China erschreckt und betrübt hat. In ihrer Ausgabe vom 11.Mai widmet das Blatt dem Ereignis einen Artikel, in dem es sich neben solchen Trauergästen wie den Vertretern der erzreaktionären japanischen Sato-Regierung, den indischen Reaktionären und den angloamerikanischen Imperialisten auch selbst als Leidtragender vorstellt. Die "Volksstimme" begründet ihre Haltung mit dem demagogischen Hinweis, sie sei "ein entschiedener Gegner" des Atomkriegs, des Einsatzes von Atomwaffen und somit auch der Versuche mit ihnen. Diese Argumentation ist ein Musterbeispiel revisionistischer Hinterhältigkeit und Ignoranz. Sie stellt es nämlich absichtlich so hin, als ob das sozialistische China kein entschiedener Gegner eines Atomkriegs sei und seine atomare Bewaffnung infolge kriegerischer Absichten stärken würde. Daß Volkschina sich mit der Ent-



NACH 32-JÄHRIGER MITGLIEDSCHAFT

Liebe Genossen!

Ich übersende anbei die Abschrift meines Austrittes aus der KPÖ zur eventuellen Veröffentlichung. Ich hätte die weiteren Gründe des Austritts, wie die Stalinfrage sowie der gemeinen (ein hartes Wort, aber am Platz) Behandlung Albaniens und Chinas und des Verrates am Aufbau einer kommunistischen Gesellschaftsordnung hinzufügen können . . . aber als revolutionäre Partei ist die KPÖ ohnehin verloren, so weh es einem nach 32-jähriger Mitgliedschaft auch tut. Da muß man eben von neuem anfangen! Und das wird jeder überzeugte Kommunist!

Herzliche Grüße und Erfolgswünsche für die Zukunft!

Leopold Klar, Wien

An die
Bezirksleitung Favoriten
der KPÖ

Ich bitte Sie, meinen Austritt aus der KPÖ mit heutigem Tag zur Kenntnis zu nehmen.

Begründung: Als sozialistisch erzogen, hat der Verrat der SPÖ im Jahre 1934 mich bewogen, der KPÖ beizutreten, weil ich mir von der konsequenten Verfechtung der Interessen der Arbeitenden die Verwirklichung meines Ideals einer klassenlosen Gesellschaft erhoffte. Das letzte Jahrzehnt aber, insbesonders die Wahlempfehlung des ZK der Partei, für die SPÖ zu stimmen (die ich nicht billigte), hat mir aufgezeigt, daß die Führung der KPÖ zu einem Anhängsel der SPÖ geworden ist, deren Politik wir durch Jahrzehnte als falsch und schädlich bekämpft haben. Da meine Anschauung über den Sozialismus und über die Erreichung desselben noch immer die gleiche ist, finde ich es trotz 32-jähriger Mitgliedschaft als untragbar, die Politik der Parteiführung weiter zu unterstützen, die meiner Ansicht nach der Großteil der Mitglieder ablehnt, und ich trete aus der Partei aus.

Mit kommunistischem Gruß

20.4.1966 Leopold Klar, e.h.

wicklung eigener Atomwaffen sehr wirkungsvoll gegen die (durch revisionistische Vertragsbrüche sehr begünstigte) amerikanische Politik der atomaren Erpressung zur Wehr setzt, daß es immer wieder feierlich erklärt, unter keinen Umständen vor seinen Angreifern Atomwaffen anzuwenden und daß es eben jetzt seinen schon mehrfach unterbreiteten Vorschlag wiederholt hat, eine allgemeine Gipfelkonferenz zur vollständigen Atomabrüstung einzuberufen - alles das tut die "Volksstimme" mit einer Handbewegung ab oder unterschlägt es ihren bedauernswerten Lesern überhaupt.



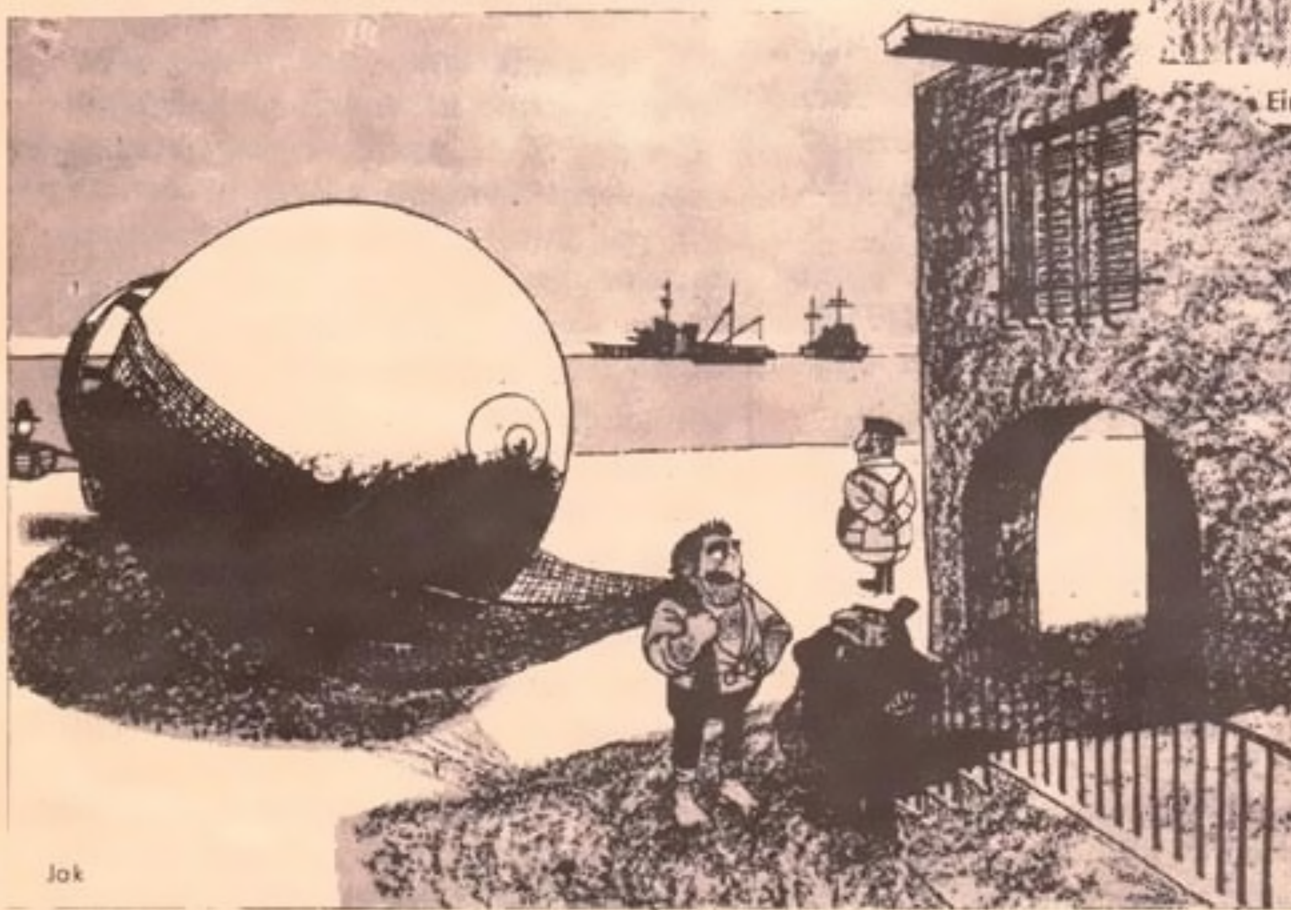
„Atom-Unfall"

Am 15. Mai veranstaltete das österreichische Bundesheer gemeinsam mit der Polizei und mit Rotkreuzorganisationen auf dem Maurer Berg bei Wien eine interessante "Katastrophenübung". Der Übung lag die Annahme zugrunde, daß ein Flugzeug abgestürzt sei, das einen "Behälter mit radioaktivem Material" transportiert hatte. Nachdem ein Hubschrauber des Bundesheeres über dem "Unfallgelände" Messungen der "Strahlungsintensität" vorgenommen hatte, begaben sich Spürtrupps des Bundesheeres und der Feuerwehr auf den Platz, um die Lage des "radioaktiven Behälters" festzustellen. Programmgemäß konnte er bald gefunden werden.



Ein Strahlenspürtrupp tastete sich an die Unglücksstelle heran

Obwohl die Organisatoren betonten, ihre Übung beziehe sich auf den Absturz eines Verkehrsflugzeuges, das radioaktives Material "für Spitalszwecke" befördert habe, erinnert die Übung stark an den vor einigen Monaten in Palomares (Spanien) vorgekommenen Ernstfall des Absturzes eines US-Militärflugzeuges, das Atombomben an Bord gehabt und in der Gegend verstreut hatte. Haben die Veranstalter der Übung in Mauer etwa doch an einen ähnlichen Fall in unserem Land gedacht? Auch wenn die KPÖ-Presse darüber jetzt nicht mehr berichtet, ist es eine Tatsache, daß US-Militärflugzeuge seit Jahr und Tag nicht bloß an Österreichs Grenzen herumfliegen, sondern immer wieder auch österreichisches Hoheitsgebiet verletzen. Es hat sehr den Anschein, daß diese Maschinen in manchen Fällen auch Atombomben an Bord haben und die österreichische Regierung mit der Möglichkeit rechnet, daß sich ein Fall Palomares in unserem Land wiederholen könnte.



„Na klar ist der frisch — tickt doch noch!"

Fritz H., Oberösterreich:

Unsere Organisation

Der Erste Mai, der internationale Kampftag der Arbeiterklasse, ist ein historisches Datum. Der 1. Mai 1966 aber ist für das österreichische Proletariat von doppelt großer Bedeutung. Die Konstituierung der Organisation der MLÖ - der Marxisten-Leninisten Österreichs - ist ein bedeutungsvoller Schritt, dem für das österreichische Proletariat außerordentlich gefährlichen Zustand, dem Fehlen einer revolutionären Kampforganisation, abzuhelfen. Zwar ist die Organisation der MLÖ noch keine reguläre Partei, doch birgt sie die Möglichkeit in sich (und hat dies auch schon bewiesen), die durch die Schuld der zum Revisionismus abgeglittenen KPÖ-Führer teilweise versprengten und organisatorisch obdachlos gewordenen bewußten Marxisten-Leninisten erneut zu sammeln und damit die Basis für die künftige marxistisch-leninistische Partei in unserem Land zu schaffen.

Die politische Aufgabe der MLÖ ist es, das historische Werk weiterzuführen, das die junge KPÖ seinerzeit so beherzt und hingebungsvoll in Angriff genommen hatte und von dem sich die hoffnungslos zum Sozialdemokratismus degenerierte jetzige Führung dieser Partei so weit entfernt hat.

Die Gründung der MLÖ ist nach dem vor Jahresfrist abgehaltenen revisionistischen 19. Parteitag der KPÖ unaufschiebbar geworden. Doch die Führung der KPÖ betreibt ihre Politik des Ausverkaufs an die SP nicht erst seit dem Vorjahr. Rückschauend wird uns klar, daß die Wurzeln des Revisionismus in der KPÖ bis in das Jahr 1945 zurückreichen. In den verhängnisvollen Schwankungen der KPÖ-Führung im Oktoberstreik 1950 kam ihre Entfremdung von den revolutionär und kämpferisch gesinnten Massen bereits deutlich zum Ausdruck. Daß die tieferen Ursachen der Angst der KPÖ-Führung vor ihrer eigenen Courage, die zur folgenschweren Weisung zum Streikabbruch führte, damals von den revolutionären Kräften innerhalb der Partei noch nicht erkannt wurden, ändert nichts daran, daß das damalige Versagen der Parteiführung offensichtliche Parallelen zum Verhalten der sozialdemokratischen Führung an einigen Knotenpunkten der Geschichte der I. österreichischen Republik aufweist.

Erst der 20. Parteitag der KPdSU bot den in Wahrheit längst revisionistisch gewordenen - oder nie revolutionär gewesenen - Elementen an der Parteispitze die Möglichkeit, ihre Neigungen und Einstellungen offen zur Schau zu stellen. Nach dem 22. Parteitag der sowjetischen Revisionisten verloren sie dann endgültig alle Hemmungen.

Die revisionistischen Führer der KPÖ bedienten sich bei der Durchsetzung ihrer Politik nicht der Methode der sachlichen Diskussion und Argumentation, sondern unterdrückten mit Hilfe administrativer Maßnahmen die marxistisch-leninistischen Elemente in der Partei, beschnitten ihre Diskussionsrechte, ihre Möglichkeiten, in der Parteipresse Stellung zu nehmen, ja, verhinderten sogar die primitivste sachliche Information der Parteimitglieder über die sich gegenüberstehenden Standpunkte. Unter Ausnützung der von ihnen okkupierten Machtpositionen in der Partei und nicht selten unter offener Verletzung der gültigen Parteistatuten drängten die revisionistischen Führer dutzende jener Aktivisten und Funktionäre aus der Partei, die es strikte ablehnten, die Grunderkenntnisse des revolutionären Marxismus über Bord zu werfen und offen gegen die revisionistische Entartung auftraten.

Was taten die dem Marxismus-Leninismus treu bleibenden Genossen, die wirklichen Kommunisten? Mit Recht widersetzten sie sich aktiv der verderblichen Politik der Marek, Fürnberg, Muhri usw. und begannen sich aus eigenen Kräften und Mitteln jene Tribünen der Diskussion und Information zu schaffen, die ihnen die revisionistische Führung verwehrte. Das unbestrittene Zentrum der bewußten Marxisten-Leninisten in der KPÖ wurde die im Oktober 1963 erstmals erschienene "Rote Fahne". Dabei hatten ihre Herausgeber und Aktivisten zunächst keineswegs die Absicht, sich selbst organisatorisch zu verbinden, sondern wollten nicht mehr als "aufklärend bzw. publizistisch" (siehe Vorbemerkung von Franz Strobl zur Neuauflage seines "Offenen Briefes an die Parteimitglieder") wirken. Ihre ganze "Fraktionstätigkeit" - ein von den Revisionisten seit jeher mit Vorliebe mißbräuchlich verwendetes Wort - bestand darin, daß sie sich das Recht, zu reden und zu schreiben, nicht nehmen ließen; daß sie die Parteimitglieder über den Standpunkt jenes Teils der kommunistischen Weltbewegung informierten, der in der KPÖ-Presse grob zensuriert oder total entstellt wurde; daß sie den Versuch unternahmen, ihre Partei wieder auf den Boden jener ideologischen Positionen zu führen, auf dem sie jahrzehntelang entschlossen gestanden war, d.h. auf die Positionen des Marxismus-Leninismus.

"Überlaßt die Partei nicht den Revisionisten!" - das war der Kampfruf, den die "Rote Fahne" in ihrer ersten Nummer am 5. Oktober 1963 erhoben hatte und den sie bis zum revisionistischen 19. Parteitag der KPÖ konsequent befolgte. Indem dieser Parteitag jedoch nicht nur die Methoden und Praktiken der Maßregelungen und Ausschlüsse marxistisch-leninistischer Kräfte aus der KPÖ bestätigte, sondern den Revisionismus offen zum neuen Programm der Partei erhob, machte er restlos klar, daß die ehemals revolutionäre KPÖ hoffnungslos degeneriert und von ihrer Führung endgültig auf den Weg der Sozialdemokratie gebracht worden war. Die dem Marxismus-Leninismus treu gebliebenen Genossen waren daher nun verpflichtet, ihre frühere Losung neu zu formulieren. Diese Losung konnte und kann jetzt nur mehr lauten:

"ÜBERLASST DAS PROLETARIAT NICHT DEN REVISIONISTEN!"

Es stellt sich nun die Frage: War es einzig und allein der 19. Parteitag der KPÖ, welcher die österreichischen Marxisten-Leninisten zur Überprüfung und Neuformulierung ihrer früheren organisatorischen Linie zwang? Ich glaube nicht. Dieser revisionistische Parteitag war lediglich das auslösende Moment, der drängende Anlaß, die schon nicht mehr überhörbare Mahnung zu organisatorischen Konsequenzen aus den innerhalb der KPÖ vor sich gegangenen schwerwiegenden Veränderungen. Die Gesamtursache, die zur Schaffung einer eigenen Organisation der marxistisch-leninistischen Kräfte führte, sie zur unbedingten Notwendigkeit machte, war nicht einfach der 19. Parteitag, sondern der schon seit langem

die KPÖ unterminierende und immer mehr überhandnehmende moderne Revisionismus.

Die Entstehungsgeschichte und den Werdegang dieses Revisionismus innerhalb der KPÖ, seine Ursprünge und Wurzeln, seine Eigenarten und Besonderheiten. sowie seine konkreten Erscheinungsformen im Ablauf der vergangenen zwei Jahrzehnte gründlichst zu untersuchen und aufzudecken, ist eine außerordentlich wichtige Aufgabe, die zu erfüllen den österreichischen Marxisten-Leninisten noch bevorsteht und die schon deswegen von außerordentlicher Dringlichkeit ist, weil nur die genaue Kenntnis und Berücksichtigung der Momente, die zur revisionistischen Aushöhlung der KPÖ geführt haben, die Gewähr gibt, daß die neu geschaffene Organisation nicht eines Tages unter denselben oder unter ähnlichen Umständen zum Revisionismus "umkippen" kann wie die KPÖ

★

Die Gründung der MLÖ ist ein Umschlagen von Quantität in Qualität. Weshalb? Ich will versuchen, das zu zeigen.

Das leitende Kollektiv der "Roten Fahne" bestand aus zahlenmäßig wenigen, dafür aber umso bewußteren Genossen. Der sie umgebende Kreis von Genossen bestand aber in der überwiegenden Zahl lediglich aus Lesern der RF, Genossen also, die - abgesehen von der materiellen Erhaltung der Zeitung - für die Sache des Marxismus-Leninismus nur innerhalb sehr enger Grenzen aktiv tätig waren. Die Schaffung der marxistisch-leninistischen Organisation bringt aber die große Wendung. Sie bietet für alle Anhänger des Marxismus-Leninismus die Möglichkeit, im Rahmen einer Organisation wieder aktiv tätig zu sein. Sowohl den aus der KPÖ hinausgedrängten, ausgeschlossenen oder selbst ausgetretenen Genossen (inzwischen sind das schon mehrere hundert!) als auch den noch innerhalb der KPÖ tätigen Marxisten-Leninisten, gibt die Organisation der MLÖ die Möglichkeit, der bekannten Grundforderung Friedrich Engels an die Kommunisten zu entsprechen, nämlich die Diskussion ständig mit der Aktion zu verbinden. Dabei ist es klar. daß nicht jeder Leser der RF von vornherein die Absicht hat, an der Sache, die sie vertritt, aktiv mitzuarbeiten. Hier beginnt also bereits die große Auslese. Es war leicht, die RF zu lesen, es ist aber unvergleichlich schwerer, in ihrem Sinne zu handeln. Trotzdem muß diese Aufgabe gelöst werden, müssen möglichst viele Genossen, die bisher nicht viel mehr als Leser der RF waren, zu Aktivisten der MLÖ werden.

Die kommunistische Partei - jene, die es ist, nicht jene, die bloß so heißt - ist die Avantgarde des Proletariats. Wir in Österreich haben noch keine Partei, die MLÖ nimmt deren Stelle aber vorläufig ein und alle ihre Mitglieder und Funktionäre sind daher verpflichtet, sich ihr gegenüber wie zu einer Partei zu verhalten. Gehört man aber der Avantgarde des Proletariats, der fortschrittlichsten Klasse der Gesellschaft, an, dann erlegt man sich damit eine Reihe von Pflichten auf, man kann sagen, weit mehr Pflichten als Rechte. Mit der Gründung der MLÖ am 1. Mai 1966 haben die Genossen, die an diesem Schritt mitwirkten bzw. ihn unterstützten, bekundet, daß sie diese Pflichten zu übernehmen bereit sind. Darin besteht in unserem Fall der Übergang von Quantität in Qualität.

Die neu errungene Qualität der österreichischen Marxisten-Leninisten muß sich natürlich auch praktisch äußern und kann kein bloß theoretisches Gedankenprodukt sein. Vorläufig ist die Organisation der MLÖ nur auf höchster Ebene, im Bundesmaßstab, gegründet. Das hierbei einstimmig gebilligte Statut schreibt u. a. in § 8 jedoch vor: "Die Organisation gliedert sich in örtliche und betriebliche Zweigvereine und Zweigstellen". Die nächste und wichtigste Aufgabe wird es nun sein, diesen vorerst nur auf dem Papier stehenden Passus zu verwirklichen, ihn mit Leben zu erfüllen, indem die bestehenden losen Gruppen von Anhängern der "Roten Fahne" in wirkliche Grundorganisationen verwandelt und auch dort Organisationen, Gruppen und Stützpunkte geschaffen werden, wo bisher bloß einzelne Leser bzw. Kontakte existierten. Das ist eine Aufgabe, an der alle Aktivisten der RF intensivst mitarbeiten können und müssen.

Dabei taucht ein weiteres Problem auf: Der größte Teil der MLÖ-Mitglieder gehörte früher (oder gehört auch heute noch!) der KPÖ an und bringt von dort wohl eine mehr oder weniger große Erfahrung in organisatorischen Fragen mit. Hier muß aber auf einige gravierende Unterschiede aufmerksam gemacht werden! Einerseits können und dürfen nicht alle organisatorischen Methoden und Formen der KPÖ unbesehen für die MLÖ übernommen werden, weil es neben vielen positiven Seiten darunter auch eine Reihe von negativen Zügen gibt. (Es existiert auch ein Revisionismus in organisatorischer Hinsicht, man denke z.Bsp. nur an den Umstand, daß sich ein beträchtlicher Teil der Energie des eigentlichen Aktivs der KPÖ schon seit vielen Jahren in organisatorischer Hausbesorgerei verplemperte und viele der besten Kräfte der Klasse im technischen, oft ausgesprochen unpolitischen Kleinkram der Organisation verschwendet und erstickt wurden.) Andererseits haben die meisten aus der KPÖ bzw. aus linkssozialistischen Gruppen stammenden Genossen keine Erfahrungen beim Aufbau einer Organisation, sondern eher Erfahrung in der Mitarbeit an der Leitung einer schon bestehenden Organisation. Auch insoferne treten also die meisten von uns an völlig neue Aufgaben heran, mangeln uns in vieler Hinsicht die Erfahrungen. Auch wenn wir, auf den Schultern unserer Vorgänger stehend, neu beginnen, ist ein Neubeginn dennoch immer schwierig und wir dürfen uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß unser Weg ein dornenvoller Weg ist!

Jeder Genosse muß in seiner nächsten Umgebung, im Betrieb, in seinem Bekannten- und Verwandtenkreis, im Bezirk, im Dorf, im Wohnhaus usw. nach besten Kräften tätig sein. Er muß sich dabei auf eine lange Perspektive einrichten. Durch unvermeidlich auftretende Mißerfolge und Rückschläge darf er sich nicht entmutigen lassen, sondern muß solche Fehlschläge selbstkritisch untersuchen und es beim nächsten Mal besser machen. Das heißt also, daß er aus den eigenen Erfahrungen und aus den Erfahrungen seiner Genossen lernen muß. Dazu aber ist wieder ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch zwischen den Organisationen (u. a. auch in der RF) notwendig. Neben der diesbezüglichen Arbeit im Bundesmaßstab halte ich eine solche enge Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe vor allem auf der Ebene der einzelnen Bundesländer für wichtig.

Die auf der Gründungskonferenz erhobene Forderung, wir müßten so arbeiten, daß es eines Tages nur mehr eines formellen Aktes bedürfe, um die MLÖ in die marxistisch-leninistische Partei unse-

res Landes zu verwandeln, ist mit Recht unwidersprochen geblieben. Das bedeutet aber, daß die dazu nötigen Voraussetzungen schon jetzt verwirklicht werden müssen. In organisatorischer Hinsicht ist das u. a. die Schaffung aktiver Grund-, Bezirks- und Landesorganisationen. Die vielfältigen Aufgaben unserer Organisation, unserer künftigen Partei, können unmöglich von einer einzigen Stelle aus gelöst werden.

Auch auf der Gründungskonferenz kam zum Ausdruck, wie viele heutige Aktivisten der MLÖ immer noch mit Trauer und Enttäuschung daran denken, mit welchen niedrigen Methoden man sie aus der KPÖ gedrängt hat, der sie oft jahrzehntelang angehört und für die sie zahllose Opfer gebracht hatten. Aber es hat keinen Zweck, zu trauern und zu klagen, sondern man muß den Tatsachen Rechnung tragen! Was früher die KPÖ war, ist heute die MLÖ. Gehen wir deshalb ohne Sentimentalität an die erforderliche harte Arbeit.

DINGE, DIE ZU DENKEN GEBEN

Allenfalls noch für den Bürgerkrieg

Wie "Arbeit und Wirtschaft", die Monatszeitschrift der Arbeiterkammer und des ÖGB, vor kurzem bekanntgab, hat das "Institut für empirische Sozialforschung" Ende des vorigen Jahres in einer Reihe von ÖGB-Erholungsheimen Serienbefragungen an 14-19-jährigen berufstätigen Jugendlichen durchgeführt, um deren Einstellung zum Bundesheer zu erforschen.

Obwohl - oder gerade weil - man berücksichtigen muß, daß bei solchen Befragungen in vielen Fällen das herauskommt, was eine mit gewaltigem Aufwand betriebene Propaganda der Meinungsfabriken in die Köpfe hineingetrommelt hat, waren die Ergebnisse dieser Befragung hochinteressant. So waren die männlichen Jugendlichen z. Bsp. der Meinung, daß für das Bundesheer viel zu viel, für die Schulen aber zu wenig Geld ausgegeben werde. (Im Durchschnitt der Vorschläge ergab sich eine Kürzung des Heeresaufwands um etwa ein Drittel). Etwa jeder 5. Befragte war überhaupt für die vollständige Abschaffung des Bundesheeres, zwei Drittel verlangen zumindest die Verkürzung der Wehrdienstzeit.

Am aufschlußreichsten waren jedoch die Antworten auf die Frage nach dem Zweck des Bundesheeres. Von seiner angeblichen positiven Rolle als "Erziehungsinstanz" für die Jugend hält die überwältigende Mehrheit der Befragten überhaupt nichts; runde zwei Drittel aller Befragten messen dem Bundesheer für den Ernstfall eines Krieges - den übrigens die meisten für sehr unwahrscheinlich halten - keine ernstzunehmende Bedeutung zu, während 52 Prozent der Arbeiter und 57 Prozent der Angestellten unter den Befragten der Meinung waren, daß das Bundesheer für die Eventualität des Bürgerkrieges bzw. "innerer Unruhen" bestimmt ist.

Wie man sieht, hat die österreichische Jugend aller Verdummungspropaganda zum Trotz doch ein recht nüchternes Urteil.

Gromyko hat's geschafft

Die Düsseldorfer "Deutsche Volks Zeitung" darf in Westdeutschland zwar legal erscheinen, sie erkauft diese Möglichkeit aber mit einem Maß an Kriecherei, das auch für revisionistische Begriffe erstaunlich ist. So widmet das Blatt am 6. Mai der unerfreulichen Aufwartung, die der sowjetische Außenminister dem Papst machte, die folgenden Zeilen:

Zum ersten Male in der nun fast 50jährigen Geschichte der UdSSR ist ein sozialistischer Staatsmann in der vergangenen Woche im Vatikan zu einer Privataudienz empfangen worden. Schon beim UNO-Besuch des Papstes gab es einen verständnisvollen Kontakt zwischen dem höchsten Würdenträger der katholischen Kirche und dem Außenminister der Sowjetunion.

Der „Kölner Stadtanzeiger" bemerkte jetzt, das Auftreten Gromykos habe die ganze Welt beeindruckt und dürfe auch in Bonn nicht übersehen werden. „Hierzulande sollte man also zur Kenntnis nehmen, daß der Heilige Vater sich nicht zu schade ist, im Interesse des Weltfriedens auch einen Kommunisten in seinen Gemächern zu empfangen.

Das einstündige Gespräch mit dem Papst war für Gromyko ein neuer Höhepunkt in einer höchst bemerkenswerten diplomatischen Karriere

Auf wessen Seite steht Ihr, Ostermarsch-Teilnehmer ?

"AKTIV", das "Mitteilungsblatt der Aktion für Frieden und Abrüstung", des Ostermarsch-Komitees also, an deren Aktionen die KPÖ wesentlich beteiligt ist und der sie uneingeschränkte Unterstützung gewährt, hat vor dem heurigen Ostermarsch in einem Leitartikel zu der Wiederaufnahme der US-Bombenüberfälle gegen die sozialistische Demokratische Republik Vietnam Stellung genommen.

Jeder vernünftige, vom Antikommunismus nicht taub und blind gemachte Mensch weiß, zu welchen Zwecken und mit welchen Absichten die US-Imperialisten ihre Mordflüge für kurze Zeit eingestellt hatten und welchen Preis sie für ihr "Entgegenkommen" forderten. Es war der freche Anspruch eines Mörders, nicht nur Straffreiheit, sondern Zugeständnisse und Geschenke für die Zusicherung zu erhalten, gewisse seiner Mordtaten zeitweilig zu unterlassen.

Die Herausgeber der Zeitung des Ostermarsch-Komitees sehen die Dinge aber offenbar anders. Denn sie schreiben:

"Man mag einwenden, daß die Regierung in Hanoi und die südvietnamesische Befreiungsfront nicht rasch genug auf die Einstellung der Bombenabwürfe reagiert haben, daß sie im Interesse des leidgeprüften Volkes von Vietnam und der Erhaltung des Weltfriedens viel größere Anstrengungen hätten machen müssen, um tatsächlich Verhandlungen herbeizuführen, daß in solchen Verhandlungen die berechtigten Wünsche der vietnamesischen Bevölkerung vielleicht erfolgreicher - und sicherlich mit geringeren Opfern - durchgesetzt werden könnten als auf dem Schlachtfeld. Aber nichts, was Hanoi und die Befreiungsfront getan oder unterlassen haben, rechtfertigt die Wiederaufnahme der Bombenabwürfe."

Was heißt das? Es heißt, dem Überfallenen, mit dem solidarisch zu sein man vorgibt, die Mitschuld am Überfall in die Schuhe zu schieben! Es heißt, das Opfer der Aggression dafür zu rügen, daß es dem Aggressor nicht entgegenkommt! Es heißt, den Beraubten anzuklagen, weil er dem Räuber dessen Beute nicht abkaufen und ihm kein Lösegeld bezahlen will! Eine solche Haltung bedeutet in Wahrheit die schlecht verhüllte Unterstützung des Aggressors und damit einen hinterhältigen Schlag gegen den Frieden in Vietnam und in der ganzen Welt!

AUCH DIE GRÖSSTEN AMERIKANISCHEN KRIEGSVERBRECHEN KÖNNEN DEN SIEG DES VIETNAMESISCHEN VOLKES NICHT VERHINDERN!



DIE US-HUMANITÄT AUF DEM MARSCH

VIETNAM



Nach dieser "Verhörmethode" legte der Gefolterte ein "volles Geständnis" ab, obwohl er - wie die "TIME" zu diesem Foto berichtet - fälschlich beschuldigt worden war.

●

Die Streitkräfte der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams melden:

Innerhalb von 50 Tagen (vom 19.1.-10.3.66) wurden in Zentralvietnam

25.760 Feindsoldaten, darunter
9.320 Amerikaner, unschädlich gemacht,
453 Flugzeuge abgeschossen, zerstört oder schwer beschädigt, und über
200 große Militärfahrzeuge, insbesondere Panzer, vernichtet.

Zugleich meldet die Volksarmee aus Nordvietnam, daß über dem Gebiet der Demokratischen Republik Vietnam Anfang Mai 1966 das tausendste US-Flugzeug abgeschossen wurde.

●

Der Politik den Vorrang einzuräumen ist für jede Arbeit von grundsätzlicher Bedeutung

Der nachstehende Artikel aus dem Zentralorgan der KP Chinas, "Renmin Ribao", vom 6.April 1966, behandelt eines der wichtigsten und folgenschwersten Probleme der kommunistischen Weltbewegung und wir empfehlen ihn daher zu besonders aufmerksamer Lektüre. (Nachdruck aus "Peking Rundschau" Nr.18/66).

*

Ob wir die proletarische Politik an die Spitze stellen oder nicht ist eine Frage, welche die Richtung, die wir gehen werden, betrifft: ob wir unbeirrbar auf dem sozialistischen Weg fortschreiten werden oder nicht, ob sich unsere Gesellschaft zum Kommunismus entwickeln oder ob sie in den Kapitalismus zurückfallen wird.

Unser Land hat schon vor längerer Zeit die Stufe des Sozialismus erreicht, aber viele Genossen sind sich über diese Frage noch immer nicht im klaren. Manche haben nicht ernstlich darüber nachgedacht, andere haben immer noch Vorbehalte. Manche Genossen glauben, daß die Revolution ja schon gesiegt und unser Land das Stadium des sozialistischen Aufbaus erreicht hat, und daß daher der Aufbau im sozialistischen System natürlich auch die Entwicklung des Sozialismus bedeutet, wie kann es da also überhaupt eine Frage geben über die Richtung, die wir einschlagen? In Wirklichkeit verstehen diese Genossen nicht, daß der Aufbau in einem sozialistischen Land vor allem von der Politik abhängt. Ohne proletarische Politik können wir die Orientierung verlieren, und nichts von dem, was wir tun, wird gut werden.

Beziehungen zwischen Politik und Wirtschaft

Zur Klärung dieser Frage wollen wir zuerst eine genaue Vorstellung von den Beziehungen zwischen Politik und Wirtschaft bekommen.

Genosse Mao Tse-tung lehrt uns: „Politik, ob revolutionär oder konterrevolutionär, ist der Kampf einer Klasse gegen eine andere." Er betont auch: „Wirtschaft ist die Grundlage und Politik ist der konzentrierte Ausdruck der Wirtschaft."

Der Klassenkampf ist die treibende Kraft für die Entwicklung einer Klassengesellschaft. Die Beziehungen der Menschen zueinander im Produktionsprozeß, d.h. die Produktionsverhältnisse, sind Grundlage für Klassen und Klassenkampf. Grundbesitzer besitzen Grund und benützen ihn, um die Bauern auszubeuten; die Bourgeoisie besitzt Fabriken, Bergwerke und andere Produktionsmittel und benützt sie, um das Proletariat auszubeuten. Der Klassenkampf zwischen der herrschenden Klasse und den von ihr beherrschten Klassen ist ein konzentrierter Ausdruck der Beziehungen zwischen Ausbeutung und dem Kampf gegen sie im wirtschaftlichen Bereich. Um das Wirtschaftssystem der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu festigen, verwendet die herrschende Klasse den Staatsapparat, mit dessen Hilfe sie den Widerstand der unterdrückten Klassen niederhält. Um das Ausbeutungssystem zu stürzen und ein Wirtschaftssystem, das den eigenen Klasseninteressen entspricht, zu errichten, müssen die beherrschten Klassen eine gewaltsame Revolution durchführen und die Staatsgewalt an sich reißen, mit deren Hilfe sie ihr neues Wirtschaftssystem errichten, festigen und entwickeln. Die Feudalwirtschaft entstand in der Sklavengesellschaft, aber sie konnte sich erst konsolidieren und entwickeln, nachdem die feudale Klasse die Sklaverei abgelöst hatte. Die kapitalistische Wirtschaft entstand in der Feudalgesellschaft, aber auch sie wurde erst stark und entfaltete sich erst nach dem Sturz des Feudalsystems durch das Bürgertum. Die sozialistische Wirtschaft ist anders als die des Sklavenhaltersystems, des Feudalismus oder Kapitalismus. Sie ist eine Wirtschaft, in der das Privateigentum an Produktionsmitteln beseitigt worden ist. Daher kann sie nicht innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft entstehen, sie kann sich nur dann bilden und wachsen, wenn die proletarische Revolution den bürgerlichen Staatsapparat zerschlagen hat und die Diktatur des Proletariats errichtet worden ist.

Lenin sagte: „Ohne an die Sache politisch richtig heranzugehen, wird die betreffende Klasse ihre Herrschaft nicht behaupten und folglich auch ihre Produktionsaufgabe nicht lösen können." „Die Politik hat notwendigerweise den Vorrang gegenüber der Wirtschaft."

Dazu muß man sagen, daß jede Klassengesellschaft die Politik an die Spitze stellt, die Politik der oder jener Klasse. Das Wirtschaftssystem hängt von der Politik ab, die ihm den Weg bereitet, es beschützt und voranbringt. Die Politik dient der wirtschaftlichen Grundlage.

In einer sozialistischen Gesellschaft ist es umso wichtiger, der Politik den unbedingten Vorrang zu geben.

Klassenkampf in der sozialistischen Gesellschaft

Es stimmt, daß in einem sozialistischen Land das Privateigentum an Produktionsmitteln abgeschafft und das sozialistische Eigentum des ganzen Volkes und ein sozialistisches Kollektiveigentum errichtet worden sind. Das bedeutet aber noch nicht, daß das sozialistische System vollendet und gefestigt worden ist und es weder Klassen noch Klassenkampf mehr gibt. In einer sozialistischen Gesellschaft existieren zwei Arten gesellschaftlicher Widersprüche: einerseits im Volk und anderseits zwischen dem Volk und seinen Feinden. Vom Anfang bis zum Schluß ist das ganze Stadium des Sozialismus vom Klassenkampf zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie, zwischen dem Weg des Sozialismus und dem des Kapitalismus begleitet. Klassenkampf bleibt die treibende Kraft in der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft. Nur unter Beibehaltung des Klassenkampfes kann sich das sozialistische System festigen und entwickeln, können Klassen und Klassenunterschiede allmählich beseitigt und der Übergang zum Kommunismus durchgeführt werden.

Unsere Gründe für die Betonung der Vorrangigkeit der Politik und der bewußten Führung des Klassenkampfes stimmen mit diesem Entwicklungsgesetz der sozialistischen Gesellschaft überein.

In einer sozialistischen Gesellschaft ist der Klassenkampf damit, daß die sozialistische Revolution in der Wirtschaft im wesentlichen abgeschlossen ist, noch lange nicht zu Ende. Das Bürgertum und die anderen entmachteten reaktionären Klassen versuchen immer wieder ein Comeback. Sie bemühen sich, die Führung in unseren Grundorganisationen an sich zu reißen, indem sie sich in unsere Reihen einschleichen oder unsere Funktionäre in ihr Lager hinüberziehen. Sie verbünden sich mit neuen bürgerlichen Elementen, Defraudanten, Betrügern und degenerierten Elementen und üben ununterbrochen spekulative Tätigkeiten aus, sie intrigieren auf alle Arten, um die wirtschaftlichen Grundlagen des Sozialismus zu untergraben. All diese Erscheinungen zeigen, daß in der Wirtschaft nicht alles reibungslos, sondern unter ernstem Klassenkampf vor sich geht. Wenn unter solchen Umständen die proletarische Politik nicht an erster Stelle steht, wenn der Klassenkampf nicht als der entscheidende Faktor angesehen wird, wenn keinerlei Anstrengungen unternommen werden, den Kampf zwischen dem sozialistischen und kapitalistischen Weg weiterzuführen — dann wird sich die sozialistische Gesellschaft zurückentwickeln und schließlich wieder kapitalistisch werden.

Innerhalb der sozialistischen Wirtschaft, in den Betrieben, die dem ganzen Volk gehören, in den in kollektivem Besitz befindlichen Volkskommunen gibt es viele Widersprüche im Volk, auch zwischen dem Staat, dem Kollektiv und dem Individuum. Wenn zur Lösung dieser Widersprüche die proletarische Politik nicht rechtzeitig allem anderen vorangestellt wird, werden sie sich weiterentwickeln und unter Umständen sogar zu antagonistischen Widersprüchen werden.

Neues Verhältnis der Menschen zueinander in der sozialistischen Gesellschaft

In der alten Gesellschaft war das Verhältnis von Mensch zu Mensch in Produktion und Arbeit das des Herrschers zum Beherrschten. In einer sozialistischen Gesellschaft hat die Umwandlung des privaten Eigentums an Produktionsmitteln in ein öffentliches die Beziehungen zwischen den Menschen radikal geändert, es gibt keine Herrscher oder Beherrschten mehr, sondern Gleichheit, gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit zwischen einfachen Werktätigen. Aber diese neuen Beziehungen treten nicht automatisch mit der Umwandlung der Eigentumsverhältnisse in Kraft. Das vom Bürgertum zurückgelassene System der Verwaltung, die fixierten Formen und Formeln, die vom Ausland übernommen wurden, der Einfluß bürgerlichen und feudalen Gedankengutes und die Macht der Gewohnheit auf allen Gebieten stehen der Bildung eines neuen Verhältnisses der Menschen zueinander im sozialistischen System im Wege.

In einer sozialistischen Gesellschaft findet die neue zwischenmenschliche Beziehung einen konzentrierten Ausdruck im Verhältnis der Funktionäre zu den Massen.

Die Funktionäre der Kommunistischen Partei und des Staates auf jeder Ebene sind Diener des Volkes, nicht Herren, die ihm am Nacken sitzen. Zwischen den Funktionären der Partei und des Staates und den Massen existiert nur jener Unterschied, der sich aus der Arbeitsteilung ergibt, nicht aber der von Hoch und Niedrig, Vorgesetztem und Untergebenem. Die Funktionäre sollen als einfache arbeitende Menschen unter die Massen gehen und dürfen keinerlei Privilegien genießen. Um diesen Grundsatz durch und durch wirksam zu machen, muß man der proletarischen Politik den Vorrang geben, streng die sozialistischen Prinzipien anwenden und diese Frage ideologisch und durch Systeme und Regeln lösen, so daß die Beziehungen zwischen den Menschen in Produktion und Arbeit, die noch von der alten Gesellschaft übriggeblieben sind, völlig geändert werden. Sonst wird es für die Funktionäre möglich sein, ihre Macht dazu auszunützen, um sich in eine privilegierte Position zu stellen und mehr zu bekommen, als ihnen zusteht, oder sogar zu Unterschlagungen und Diebstählen an öffentlichem Gut zu greifen und sich die Früchte fremder Arbeit anzueignen. Das Ergebnis wird das Aufkommen einer privilegierten Schicht zum Schaden des sozialistischen Eigentums des ganzen Volkes und des sozialistischen kollektiven Eigentums sein. Die soziale Basis, auf welcher die Gruppe der Chruschtschow-Revisionisten die Wiedereinführung des Kapitalismus in der Sowjetunion aufbaut, ist gerade so eine privilegierte Schicht. Unter Benutzung ihrer Kontrollmacht über die Produktionsmittel und sonstige Wirtschaftsgüter unterschlagen sie die Früchte der Arbeit des Sowjetvolkes und ändern das Verteilungssystem „jedem nach seiner Arbeit". Als Ergebnis davon sind die Industrie- und Bergbauunternehmungen und die Kollektivwirtschaften auf dem Land zu Werkzeugen der individuellen Geldgewinnung und Bereicherung geworden. Das sozialistische Eigentum des ganzen Volkes und des Kollektivs wird allmählich in etwas Oberflächliches verwandelt, während in Wirklichkeit eine Degeneration zum Eigentum einer privilegierten Schicht vor sich geht. Diese veränderte Form der Produktionsverhältnisse zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten schafft die Basis für einen neuen Klassenkampf antagonistischer Natur. Daraus folgt, daß in einer sozialistischen Gesellschaft, in der die sozialistische Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse an Produktionsmitteln im wesentlichen vollendet worden ist, die proletarische Politik noch immer an erster Stelle kommen muß, um zwischen den Menschen in der Produktion und Arbeit allmählich neue Beziehungen einzuführen und auszubauen und das Aufkommen einer neuen privilegierten Schicht zu verhindern. Nur so ist es möglich, das sozialistische Eigentum zu sichern und zu entwickeln, die revisionistischen Wurzeln auszumerzen, der Wiedereinführung des Kapitalismus vorzubeugen und den Sozialismus stetig weiterzuführen.

Kampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus in Politik und Ideologie

In einer sozialistischen Gesellschaft wird die Frage „Wer wird in Politik und Ideologie gewinnen, der Sozialismus oder der Kapitalismus?" in einem langwierigen und intensiven Klassenkampf entschieden werden. Das deswegen, weil der Klassenfeind, sobald die sozialistische Revolution in der Wirtschaft in der Hauptsache beendet ist, in seinem Versuch, den Kapitalismus wieder einzuführen, vor allem in Politik und Ideologie die Oberhand zu gewinnen hat. Bürgerliche und feudale Ideen üben nach wie vor im politischen und vor allem im ideologischen Bereich einen beträchtlichen Einfluß aus: in Kunst und Literatur, in Geschichte, Philosophie, Wirtschaft, Erziehung, Journalismus etc., denn es gibt bürgerliche Elemente und bürgerliche Intellektuelle, die noch nicht oder noch nicht genug umerzogen worden sind, und es existiert die spontane Tendenz zum Kapitalismus hin. Manche Gebiete oder Abteilungen sind noch immer von diesen bürgerlichen und feudalen Ideen beherrscht. Der Klassenfeind versucht, daraus Nutzen zu ziehen und eine „friedliche Evolution" im Sozialismus durchzuführen. Wenn man nicht die proletarische Politik voranstellt und dem Klassenkampf in Politik und Ideologie nicht genügend Aufmerksamkeit schenkt, wird die bürgerliche Politik sicher in den Vordergrund kommen, und der giftige Strom bürgerlicher und anderer nichtproletarischer Ideen wird ungehindert zu einer Flut anschwellen.

Das Proletariat will die Welt gemäß seiner Weltanschauung ändern, und das gleiche will auch die Bourgeoisie. Wenn die proletarischen Ideen nicht von den Gehirnen der Menschen Besitz ergreifen, werden das die bürgerlichen Ideen tun. Deswegen müssen wir die sozialistische Revolution in Politik und Ideologie fortführen, die Diktatur des Proletariats festigen, die proletarischen Ideen konsequent entwickeln und die bürgerlichen Ideen gründlich ausmerzen, die Angriffe des Bürgertums gegen den Sozialismus in Politik und Ideologie zurückschlagen und die proletarischen Positionen in diesen Bereichen stärken und ausbauen. Nur so können wir die subjektive Welt der Menschen wandeln, während wir gleichzeitig die objektive Welt verändern. Nur so können wir bürgerliche und andere nichtproletarische Ideen überwinden und schließlich ausrotten, dem kommunistischen Bewußtsein und der kommunistischen Moral des ganzen Volkes einen größen Impuls geben, die Initiative der Massen im sozialistischen Aufbau fördern, das sozialistische System stärken und entwickeln, eine neue Generation für den Kommunismus erziehen und so den künftigen Übergang zum Kommunismus garantieren.

Der Kommunismus ist unser Endziel. Im Verlauf des sozialistischen Aufbaus müssen wir gleichzeitig mit der raschen Entwicklung der Produktivkräfte allmählich den Unterschied zwischen Arbeitern und Bauern, zwischen Stadt und Land und zwischen manueller und geistiger Arbeit verkleinern. Das ist eine historische Aufgabe auf lange Sicht. Wenn wir im Verlauf des sozialistischen Aufbaus keine wirksamen revolutionären Maßnahmen ergreifen und diese Unterschiede eher vergrößern, statt sie zu verkleinern, werden wir nicht fähig sein, uns dem Kommunismus zu nähern, sondern sicherlich in den Kapitalismus zurückgleiten. Um also diese Unterschiede zu verringern, ist es vor allem wichtig, der proletarischen Politik den ersten Platz zuzuweisen und unter ihrem Kommando das Wachstum der Produktivkräfte mit aller Kraft zu fördern.

Lehren, die uns die Sowjetunion lieferte

Seit ihrer Machtergreifung in Partei und Staat der Sowjetunion hat die Gruppe der Chruschtschow-Revisionisten das erste sozialistische Land der Welt auf den Weg der Wiedereinführung des Kapitalismus geführt. Diese schwerwiegende historische Lehre zwingt uns, sehr ernst über die Frage nachzudenken: wie kann eine solche Restauration des Kapitalismus verhindert werden? Das ist ein äußerst wichtiges Problem, das in der Geschichte der internationalen kommunistischen Bewegung noch nicht gelöst worden ist. Unsere Partei und Regierung müssen aus den Geschehnissen in der Sowjetunion lernen und dementsprechend politische Richtlinien, Prinzipien und Maßnahmen finden. Unsere Politik in der Arbeit, Verteilung, Erziehung, Kunst und Literatur, bei den Funktionären, in den Beziehungen mit anderen Ländern, überhaupt in jeder Hinsicht: in Industrie, Landwirtschaft, Transport- und Nachrichtenwesen, in Handel, Militärangelegenheiten, öffentlicher Sicherheit, Kultur, Erziehung, Gesundheitswesen, Außenbeziehungen und Parteiarbeit, muß dazu dienen den Sozialismus zu festigen und zu entwickeln, die Unterschiede zwischen Arbeitern und Bauern, Stadt und Land und manueller und geistiger Arbeit schrittweise zu verkleinern und ein Comeback des Kapitalismus zu verhindern. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas und Genosse Mao Tse-tung haben nicht nur die Generallinie für den sozialistischen Aufbau aufgestellt, sondern auch eine Reihe von Prinzipien, politischen Richtlinien und Maßnahmen vorgeschlagen. Diese enthalten die sozialistische Erziehungsbewegung, die zwei Unterrichtssysteme, die zwei Formen der Arbeit, die Teilnahme der Funktionäre an physischer Arbeit und die Errichtung neuartiger Industrie- und Bergbaugebiete, in welchen Industrie und Landwirtschaft sowie Stadt und Land in eins verschmelzen. All das steht in enger Beziehung zu unserem Ziel, allmählich die Unterschiede zwischen Arbeitern und Bauern, Stadt und Land und geistiger und körperlicher Arbeit zu verringern.

Wenn irgendeine Maßnahme zur Verkleinerung dieser Unterschiede ergriffen wird, stößt sie unweigerlich auf den Widerstand der alten Gesellschaftskräfte. Und im Grunde ist dieser Kampf gegen das Alte ein Kampf zweier gegensätzlicher Klassen und zweier möglicher Wege. Wenn wir in diesem Klassenkampf nicht entschlossen die proletarische Politik verfolgen, die kommunistische Orientierung nicht einhalten und die bürgerlichen Kräfte, in welcher Form auch immer sie auftreten mögen, nicht zurückschlagen, werden diese Unterschiede größer werden, der sozialistische Überbau wird degenerieren und seine Natur wandeln, der Sozialismus wird untergraben werden, die bürgerlichen Kräfte werden zu einem Strom anschwellen und die sozialistische Revolution wird auf halbem Wege steckenbleiben.

Warnung des Vorsitzenden Mao

Genosse Mao Tse-tung wies 1963 die ganze Partei auf folgendes hin: „Klassenkampf, Kampf für die Produktion und wissenschaftliche Experimente sind die drei großen revolutionären Bewegungen beim Aufbau eines mächtigen sozialistischen Staates. Sie sind ein sicherer Garant dafür, daß Kommunisten frei von Bürokratie, immun gegen Revisionismus und Dogmatismus und immer unbesiegbar sein werden. Sie sind eine verläßliche Garantie dafür, daß das Proletariat imstande sein wird, sich mit den breiten werktätigen Massen zu vereinigen und eine demokratische Diktatur zu verwirklichen. Wenn es keine solchen Bewegungen gäbe, würde man es den Gutsbesitzern, reichen Bauern, Konterrevolutionären, Übeltätern und sonstigen dunklen Elementen ermöglichen, sich hervorzuwagen, während unsere Funktionäre die Augen davor verschließen würden, und manche wären gar nicht mehr imstande, zwischen dem Feind und uns zu unterscheiden, sondern würden mit ihm zusammenarbeiten, sich korrumpieren und demoralisieren lassen. Wären unsere Funktionäre so ins feindliche Lager hinübergezogen und hätte der Feind die Möglichkeit, sich in unsere Reihen einzuschleichen, und wären viele unserer Arbeiter, Bauern und Intellektuellen der weichen und harten Taktik des Feindes hilflos überlassen, dann würde es gar nicht lange dauern, vielleicht nur einige Jahre oder ein Jahrzehnt oder höchstens einige Jahrzehnte, und es würde unweigerlich eine konterrevolutionäre Restauration in nationalem Maßstab stattfinden, die marxistisch-leninistische Partei würde zweifellos zu einer revisionistischen oder faschistischen werden und ganz China würde seine Farbe ändern." Wir sollten diese Warnung des Genossen Mao Tse-tung immer im Auge behalten.

Geführt von der Lehre Mao Tse-tungs hat die Kommunistische Partei Chinas eine gute Tradition entwickelt, der Politik den Vorrang zu geben. Als unsere Partei vor mehr als 30 Jahren die erste Abteilung der Roten Arbeiter- und Bauernarmee aufstellte und den ersten revolutionären Stützpunkt errichtete, wies Genosse Mao Tse-tung auf die Wichtigkeit der politischen Arbeit hin, kritisierte einen rein militärischen Standpunkt und hob deutlich hervor, daß die Politik die Militärangelegenheiten diktieren muß. Seit damals hat Genosse Mao Tse-tung immer betont, daß die Politik das Kommando führen muß, daß sie die Seele von allem ist. Das stimmte für die Periode der demokratischen Revolution, und es hat für die der sozialistischen Revolution erst recht Gültigkeit. Gerade deswegen hat unsere Partei das chinesische Volk von einem großen Sieg zum anderen geführt. Heute zeichnet sich im ganzen Land in Industrie und Landwirtschaft und beim Studium der Werke Mao Tse-tungs ein neuer Aufschwung ab, und auch das ist gerade das Ergebnis der Vorrangigkeit, die man der proletarischen Politik beimißt.

Unsere Genossen müssen auf jedem Gebiet und an jeder Front die Politik an die Spitze und Mao Tse-tungs Lehre in den Vordergrund stellen. Sie müssen die sozialistische Revolution bis zum Ende führen, das sozialistische System festigen und weiterentwickeln, unser Land zu einem mächtigen sozialistischen Staat mit einer modernen Industrie, Landwirtschaft, Landesverteidigung, Wissenschaft und Technik machen, jede mögliche Anstrengung zur Unterstützung der Weltrevolution unternehmen und alle materiellen und ideologischen Bedingungen für den zukünftigen schrittweisen Übergang zum Kommunismus schaffen.

Eine große Diskussion über das Verhältnis von Politik und jeweiligem Beruf geht jetzt in jeder Abteilung oder Einheit im ganzen Land vor sich. Die Parteiorganisationen aller Ebenen müssen die Führung in dieser Debatte intensivieren, damit die Funktionäre und die Massen die Wahrheit ganz verstehen, nämlich, daß die Vorrangigkeit der Politik für jede Arbeit von grundsätzlicher Bedeutung ist. So können alle das große rote Banner der Lehre Mao Tse-tungs noch höher halten, die Politik entschlossen immer und bei jeder Arbeit an die Spitze stellen und auf diese Weise die Arbeit noch besser machen.

Eigentümer: MARXISTEN-LENINISTEN ÖSTERREICHS (MLÖ). Herausgeber, Verleger, für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Franz Strobl. Alle: 1150 Wien 15., Goldschlagstraße 64/5. Tel. 92-10-672

P.b.b. Erscheinungsort Wien Verlagspostamt 1150